

Oberbürgermeisterin
Dieter Reiter
80331 München

München, 2. Juli 2025

Wie sicher sind nicht-öffentliche Sitzungen?

Nach der Einstufung der Gesamtpartei „Alternative für Deutschland“ (AfD) durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem sowie deren Beobachtung durch die Behörde ergibt sich auch auf kommunaler Ebene eine besondere Relevanz für die Zusammensetzung politischer Gremien.

Das bereits im Februar 2025 von netzpolitik.org veröffentlichte Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz¹ verweist mehrfach und namentlich auf die AfD-Mitglieder Petr Bystron und Bernhard Zimniok, die beide in München in der AfD aktiv sind.

Darüber hinaus bestehen enge personelle und öffentliche Verbindungen zwischen führenden Vertreterinnen der Münchner AfD und exponierten rechtsextremen Akteurinnen und Gruppen wie Karl Richter, Michael Stürzenberger, der Burschenschaft Danubia München, PEGIDA München und dem COMPACT Magazin.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Liegen der Stadtverwaltung Informationen vor, dass einzelne Mitglieder des Stadtrates oder Mitarbeiterinnen von Stadträten unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen?

a. Falls die Stadtverwaltung darüber nicht direkt informiert wird, legen sie bitte dar, wann und wie städtische Stellen darüber informiert werden.

2. Inwiefern kann – im Falle einer bestehenden Beobachtung durch den Verfassungsschutz – die Vertraulichkeit nichtöffentlicher Sitzungen gewahrt werden?

Initiative:

Stadträtin Marie Burnelet

1: https://netzpolitik.org/2025/verdachtsfall-rechtsextremismus-wir-veroeffentlichen-das-1-000-seitige-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2021-02-22_BfV_AfD_Folgegutachten

Dieser Antrag ist im Generischen Femininum formuliert: es gelten grammatisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen, nicht-binärem und männlichen Geschlechts.

Die PARTEI im Münchener Stadtrat

Marie Burnelet

marie.burnelet@muenchen.de

Rathaus, 80331 München